

München, 28.03.2018

SPD-Anfrage: Noch nicht einmal fünf Prozent der Neuzulassungen des staatlichen Fuhrparks sind elektrisch

CSU-Regierung hat ihr selbst gestecktes Ziel deutlich verfehlt

Die bayerische Staatsregierung hat ihr erklärtes Ziel, bei Neuanschaffungen im staatlichen Fuhrpark die Zahl elektromobiler Fahrzeuge auf 20 Prozent zu erhöhen, deutlich verfehlt. Das offenbart eine parlamentarische [Anfrage](#) von SPD-Landtagsfraktionschef **Markus Rinderspacher**. Demnach hat der Freistaat letztes Jahr 1.821 neue Dienstfahrzeuge angeschafft, davon waren nur 47 mit Elektroantrieb, weitere 42 waren mit einem Hybrid-Antrieb ausgestattet. Damit kommt der Freistaat auf eine Quote von lediglich 4,89 Prozent.

Rinderspacher kritisiert, „dass die CSU-Alleinregierung hinter ihren eigenen bescheidenen Zielen weit zurückbleibt“ und einen [Landtagsbeschluss](#) von März 2016 nicht umsetzt. Das Parlament hatte eine Beschaffungsinitiative für elektromobile Fahrzeuge anstelle von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor beschlossen.

„Die CSU-Alleinregierung ist bei der Förderung der Elektromobilität kein Vorbild. Sie setzt weiter auf einen fossilen Fuhrpark statt auf moderne und umweltfreundliche Dienstwagen“, betont Rinderspacher. „Wenn der Freistaat keine Vorreiterrolle bei der Elektromobilität übernimmt, ist das ein fatales Signal für die Modernisierung der Mobilität in Bayern. Die Verbreitung der Elektromobilität in Bayern muss leider weitgehend ohne staatliche Begleitung stattfinden. Lippenbekenntnisse der CSU alleine reichen weder für eine saubere Luft in den Städten noch für die Unterstützung der Automobilindustrie beim Strukturwandel.“ Rinderspacher fordert seit Jahren auch einen stärkeren Beitrag Bayerns zum Ausbau der Ladeinfrastruktur im Freistaat.

Material:

[Staatlicher Fuhrpark Elektromobilität Anfrage \(PDF, 5,42 MB\)](#)

[Beschluss Elektromobilität \(PDF, 208 kB\)](#)

[O-Ton: SPD-Anfrage: Noch nicht einmal fünf Prozent der Neuzulassungen des staatlichen Fuhrparks sind elektrisch](#)